

# Landeshauptstadt Magdeburg

## Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
Team 5	S0199/13	08.10.2013
zum/zur		
F0124/13 Fraktion Die Linke/Tierschutzpartei		
Bezeichnung		
Förderung mit Landesmitteln für den Ausbau des Verkehrslandeplatzes Magdeburg		
Verteiler		Tag
Der Oberbürgermeister		15.10.2013

Mit der Drucksache I0124/13 hat die Verwaltung zur Qualifizierung des Verkehrslandeplatzes informiert. In ihr wurde auch auf informelle Gespräche mit Vertretern der Landesregierung zur Förderung eines möglichen Ausbaus des Verkehrslandeplatzes Bezug genommen.

### Die Anfrage lautet:

1. Trifft es zu, dass entgegen Ihren Aussagen lt. I0142/13 mit der Landesregierung keine „informellen Gespräche“ geführt wurden.  
Wenn nein: wer hat als Grundlage für die diesbezügliche Information in der I0142/13:
  - wann,
  - mit wem,
  - in wessen Auftrag,
  - mit welchem konkreten Ergebnis,Gespräche mit der Landesregierung hinsichtlich möglicher Förderungen für den Ausbau des Verkehrslandeplatzes Magdeburg Gespräche geführt?
2. Welche Konsequenzen sieht die Stadtverwaltung vor dem Hintergrund der nunmehr offenkundigen, finanziellen Nichtbeteiligung des Landes Sachsen-Anhalt für die Zukunft des Verkehrslandeplatzes Magdeburg aus Sicht bisher vorliegender Erkenntnisse zu erwartender Änderung europäischer Luftfahrtbestimmungen?

### Zu Punkt 1:

Die Geschäftsführer der FMB Flugplatz Magdeburg Betriebsgesellschaft mbH hatten im Rahmen von informellen Gesprächen mit unterschiedlichen Vertretern der Landesregierung die Gelegenheit ergriffen, um zum einen das Problembewusstsein für die Notwendigkeit eines Ausbaus des Verkehrslandeplatzes Magdeburg zu schärfen und zum anderen die Potentiale für eine Förderung des Vorhabens mit Landesmitteln auszuloten.

Da es sich bei der Betriebsgesellschaft um ein privat geführtes Unternehmen handelt, ist dieses gegenüber der Stadtverwaltung nicht verpflichtet, die in der Anfrage geforderten Daten zu den geführten Gesprächen (Gesprächspartner, Datum etc.) öffentlich bekannt zu geben, zumal es sich hierbei um Gespräche mit informellen Charakter handelt.

Ungeachtet dessen hatte der Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit ebenfalls in informellen Gesprächen auf hoher ministerieller Ebene den Eindruck gewonnen, dass eine zumindest teilweise Förderung nicht ausgeschlossen ist.

Als Ergebnis der Gespräche kann in Ergänzung zu den Darlegungen in der I0142/13 festgehalten werden, dass nur auf Basis einer eindeutigen Positionierung der Stadt Magdeburg zum Ausbau des Verkehrslandeplatzes der politische Entscheidungsprozess in Bezug auf eine finanzielle Unterstützung des Ausbaus vorangetrieben werden kann.

#### **Zu Punkt 2:**

Mit der Antwort der Landesregierung (Drucksache 6/2357) auf die Anfrage bzgl. der Förderung mit Landesmitteln für den Ausbau des Verkehrslandeplatzes Magdeburg (KA 6/8001) haben sich die grundsätzlichen Aussagen zur aktuellen finanziellen Beteiligung des Landes Sachsen-Anhalt, wie in der I0142/13 dargestellt, nicht geändert.

Die in der I0142/13 getätigten Ausführungen zur ideellen Unterstützung der Weiterentwicklung des Verkehrslandeplatzes Magdeburg nach europäischen Richtlinien für den qualifizierten Geschäftsflugverkehr auf Grundlage der Festlegung im Koalitionsvertrag werden mit der Antwort der Landesregierung bestätigt. Daneben wird in der Antwort der Landesregierung ausgeführt, dass eine Konkurrenzsituation zwischen beiden Verkehrsanlagen auch vor dem Hintergrund einer weiteren Investition in den Verkehrslandeplatz nicht gesehen wird, da der regionale Verkehrsflughafen Magdeburg/Cochstedt mit seinen Organisations- und Servicestrukturen hauptsächlich die Abwicklung von gewerblichen Linien- und Charterflügen sicherstellt und der Verkehrsplatz Magdeburg hingegen in Bezug auf die zivile Luftfahrt nur der Abfertigung von privaten und gewerbliche Flügen, zum Beispiel von Leichtflugzeugen und Geschäftsreiseflugzeugen, also der Allgemeinen Luftfahrt dient.

Im Ergebnis bleiben zukünftige politische Entscheidungen auf der Ebene der Landesregierung zur finanziellen Förderung dem Votum der Stadt Magdeburg für einen Ausbau des Verkehrslandeplatzes vorbehalten.

Rainer Nitsche